

# Integratives Schulprojekt nach zwölf Jahren vor dem Aus

Weil das Kultusministerium Sonderschulen bevorzugt, darf südbadische Waldorfschule keine Behinderten mehr aufnehmen

EMMENDINGEN. Drei Jungen und ein Mädchen mit Behinderungen sind gestern in der Integrativen Waldorfschule in Emmendingen eingeschult worden. Ob sie bleiben können, ist unklar. Das Kultusministerium will, dass sie auf eine Sonderschule gehen.

Von Ute Köhler

Was die Eltern der vier Kinder empört, ist unter anderem der Zeitpunkt der Absage: Anfang Juli erst hatten beispielsweise die Eltern von Nelson vom Staatlichen Schulamt grünes Licht für die Einschulung ihres behinderten Sohnes in Emmendingen erhalten. Während der Sommerferien dann hieß es plötzlich: Der Antrag der Emmendinger Schule auf endgültige Anerkennung als Integrative Schule ist abgelehnt. Als private Schulen könne es nur solche geben, die auch der staatliche Bereich anbiete, argumentierte das Kultusministerium. Zwar dürfen die bestehenden zwölf Klassen noch ein Jahr lang weitergeführt werden; eine neue aber werde nicht genehmigt.

„Für die Familien ist das eine Katastrophe“ sagt Diana Schiekofer, deren Sohn Nelson nach einer Kohlenmonoxydvergiftung durch ein defektes Heizgerät behindert ist. Die Mutter von zwei Kindern hatte sich nach langer Suche für die Emmendinger Schule entschieden, „weil mein Sohn dort optimal gefördert wird.“ Tatsächlich aber wurde ihr im August mitgeteilt, der Zulassungsbescheid sei storniert. „Als Mutter eines behinderten



Behinderte sollen in Emmendingen nicht mehr mit Nichtbehinderten lernen.

Foto Storz

Kindes stehe mir kein Recht auf freie Schulpflicht zu.“ Die Empfehlung der Schulbehörde: Wie die anderen drei Elternpaare sollten die Schiekofer ihren Sohn auf eine staatliche Sonderschule geben.

„Das lehnen die Eltern dieser vier Kinder aber vehement ab“, berichtet Michael Löser, der Geschäftsführer der Integrativen Waldorfschule in Emmendingen. Schließlich habe das Regierungspräsidium die Arbeit der integrativ arbeitenden Schule in den vergangenen Jahren mehrmals überprüft und lobend beurteilt. Das Konzept der Schule sieht jeweils

vier behinderte und 24 nicht behinderte Kinder in einer Klasse vor. Dadurch sollen die behinderten Schüler lernen, sich in der „normalen“ Welt zu behaupten, die nicht behinderten sollen Toleranz erlernen und Individualität akzeptieren.

Zwölf Jahre lang sei der Versuch zur Zufriedenheit aller gutgegangen, berichtet Michael Löser, wenn auch immer klar gewesen sei, dass er zum 31. Juli dieses Jahres auslaufen solle. „Darüber ist aber seit zwei Jahren verhandelt worden“, sagt der Stuttgarter Rechtsanwalt der Schule, Michael Quaas.

Quaas hat ein Gutachten erstellt, aus dem hervorgeht, dass die Integrative Schule, wenn schon nicht aus menschlichen, so doch aus verfassungsrechtlichen Gründen auch auf Dauer zu genehmigen sei. Seine Klage gegen die Ablehnung des Antrags der Schule durch das Kultusministerium ist beim Verwaltungsgericht in Freiburg anhängig.

Rechtsanwalt Quaas ist auch für die Eltern tätig geworden und hat versucht, per Eilentscheidung eine vorläufige Zulassung der Kinder zu erreichen. Dieser Antrag aber wurde mit der Begründung abgelehnt, man könne die Einschulung nur für einen Schultyp begehren, den es tatsächlich gebe. Weil es aber die Integrative Waldorfschule nur als zwölfjährigen Versuch, nicht aber als staatlich anerkanntes Modell gibt, könne man sich dort auch nicht einklagen.

Seit Wochen wird nun verhandelt, wie der Konflikt noch zu lösen wäre. Immerhin steht der Begriff Integration auch im Grundsatzzusammenhang der CDU, und Mutter Diana Schiekofer erfährt von Landtags- und Bundestagsabgeordneten aller Parteien „große Unterstützung“. Ungeachtet aller behördlichen Einwände haben deshalb die Eltern gestern Fakten geschaffen und ihre Sprösslinge in Emmendingen eingeschult: „Wir mussten unsere Kinder retten“, sagt Schiekofer.

Das Regierungspräsidium wehrt sich unterdessen gegen den Vorwurf, die Eltern seien überrumpelt worden: „Schule und Eltern wurden rechtzeitig informiert“, versichert ein Sprecher. Der Fehler liege „eindeutig beim Schulträger, als er suggeriert hat, eine Aufnahme sei problemlos möglich“.